

**Ehemann von Opfiker Stadträtin im Interview:  
"Niemand findet es toll, IV zu beziehen"**

**Mit 10 Kommentaren**

Neue Zürcher Zeitung online, 20. Februar 2015

URL: <http://www.nzz.ch/zuerich/interview-bj-pw-1.18487088>

(Stand: 20. Februar 2015)

---

## **Ehemann von Opfiker Stadträtin im Interview**

### **«Niemand findet es toll, IV zu beziehen»**

**Interview: Johanna Wedl 20.2.2015, 05:30 Uhr**



*SVP-Politiker Paul Wenger kommuniziert für seine Frau, die in die Kritik geratene Opfiker Stadträtin Beatrix Jud. (Bild: PD)*

**Seit Beatrix Jud kritisiert wird, kommuniziert ihr Ehemann Paul Wenger anstelle der Opfiker Sozialvorsteherin. Der basellandschaftliche SVP-Landrat verrät im Interview, seit wann seine Frau IV-Leistungen erhält.**

Herr Wenger, Sie sagen, Ihre Frau könne nicht mehr als Treuhänderin arbeiten, als Stadträtin dagegen schon. Dabei haben diese beiden Aufgaben einiges gemeinsam. An beiden Stellen muss man zum Beispiel Verantwortung übernehmen.

Meine Frau kann nicht mehr sicher kopfrechnen und hat Mühe mit Fremdsprachen. Die sichere Beherrschung der Schriftsprache ist nicht mehr gewährleistet. Als Treuhänderin muss man komplexe Umstrukturierungen betreuen, schwierige Steuerberatungen durchführen und komplexen Schriftverkehr mit Behörden

abwickeln. In der Stadtratsfunktion dagegen ist sie nicht operativ tätig, sie muss einen komplexen Fall nicht alleine lösen und auch nicht alleine die Verantwortung tragen.

Trotzdem muss man als Stadträtin fähig sein, eigene Entscheidungen zu fällen und dafür den Kopf hinzuhalten. Wie kann das Ihre Frau trotz ihren Einschränkungen bewerkstelligen?

Das geht momentan sehr gut, weil sie kompetente Abteilungsleiter und Mitarbeiter hat, die sie tragen. Auch ihre Stadtratskollegen unterstützen sie sehr. Die Leute um sie herum sind geschult und versiert. Sie muss zum Beispiel keine Berichte verfassen, sondern diese nur lesen. Das funktioniert, sie führt ihr Amt einwandfrei. Es war übrigens unter anderem die Invalidenversicherung, die meiner Frau dazu geraten hat, das Stadtratsmandat weiter auszuüben. Die IV befürwortet das, selbst wenn man nicht bis ins Detail über alle notwendigen Fähigkeiten verfügt. Das Amt ist eine Möglichkeit, im Alltag wieder Fuss zu fassen.

Rechtlich hat Ihre Frau korrekt gehandelt. Haben Sie trotzdem Verständnis dafür, dass ihr moralische Verfehlungen vorgeworfen werden?

Dafür habe ich aus Aussensicht tatsächlich ein gewisses Verständnis. Ich möchte festhalten, dass sie nach der Erkrankung zuerst auf Leistungen einer privaten Taggeldversicherung zurückgegriffen hat. Diese Versicherung hat sie selbst finanziert. Die Versicherung war es, die meine Frau aufgefordert hat, sich bei der IV anzumelden. Hätte sie das nicht getan, wären die Versicherungsleistungen eingestellt worden. Dann begannen die Abklärungen, und erst seit März 2014 bezieht sie IV-Leistungen, also seit gut zwölf Monaten. Das war zwei Jahre nach dem Hirnschlag.

Kann es denn sein, dass Ihre Frau bald gar keine IV-Gelder mehr braucht?

Das Ziel war und ist noch immer, den Bezug zu reduzieren oder ganz darauf zu verzichten. Sie und ich wünschen uns, dass der Fall positiver beurteilt wird. Glauben Sie mir: Niemand, der zwanzig Jahre selbständig war, findet es toll, IV zu beziehen. Es wäre jedoch unseriös, jetzt abzuschätzen, wie die Beurteilung ausfällt. Zumindest versucht meine Frau mit eisernem Willen, zurück in ihr altes Leben zu finden.

Sie sind beide gut situiert. Und als Stadträtin hat Ihre Frau ein gewisses Einkommen gesichert. Sie könnte freiwillig auf die IV-Leistungen verzichten.

Das ist nie zur Diskussion gestanden. Wir haben kein Verständnis für so eine Forderung und sehen nicht ein, warum man meiner Frau vorwirft, IV-Leistungen zu beziehen. Sie hat als private Unternehmerin jahrelang, wie andere auch, viel Geld einbezahlt in die Versicherung. Laut Bundesgesetz steht ihr der Bezug der Leistungen zu. Sie hat einen gesetzlichen Anspruch darauf. Wenn das jemandem nicht passt, müsste man das System und die Bundesgesetzgebung ändern. Die IV überprüft laufend, ob jemand bezugsberechtigt ist. Die nächste Kontrolle wäre diesen Frühling angestanden. Ich werde das nun vorantreiben, weil ich will, dass wir so schnell wie möglich ein Papier in den Händen halten, in dem geklärt ist, ob meine Frau weiterhin Anspruch hat. Wir haben in der ganzen Geschichte nichts falsch gemacht.

Wie geht es Ihrer Frau momentan?

Wir sind in den Ferien, aber meine Frau ist krank geworden. Die Geschichte schüttelt sie durch. Sie fühlt sich sehr schlecht und ist nervlich am Ende. Die Situation ist auch für die Angestellten der Stadtverwaltung und der Treuhandfirmen nicht einfach. Sie werden belästigt und beschimpft. Es haben sich verunsicherte Kunden gemeldet. Ich schliesse nicht aus, dass es Kollateralschäden gibt, Kunden künden und gewisse Leute ihren Job verlieren werden.

- [10 Kommentare](#)

- 
- 
- 



[Richard Stiefel](#) • [vor 13 Stunden](#)

Eine Stadträtin, die nicht operativ tätig ist, kann keine Verantwortung übernehmen. In einem Privatunternehmen ist sie nicht mehr einsetzbar, aber in der Verwaltung "führt" sie ein Amt! Wo bleibt da die Logik?

- [15](#)
- •
- [Antworten](#)
- •
- Teilen >
  - 
  - 
  -
- 
- 
- 
- 



[BigKeks](#) • [vor 11 Stunden](#)

Meine Erinnerung mag mich täuschen, aber war es nicht gerade das bürgerliche Lager, das medial den Bezügerln staatlicher Leistungen nahe legte, sie sollen sich den Gang zum Amt 2-3

überlegen? Immerhin schaut ein echter Schweizer doch für sich selbst und fällt dem Staatsäckel nur in grösster Not zur Last? Es geht bei der Rente von Frau Jud somit letztlich um eine Moralfrage. Ein Recht oder einen Anspruch zu haben und in dann tatsächlich auszuüben sind zwei Paar Schuhe. Wer argumentiert, er habe in einen Topf "extra viel" einbezahlt und gerade deswegen einen besonders legitimen Anspruch auf dessen Inhalt, versteht offenkundig das Solidaritätsprinzip nicht.

Dieses egozentrische, ideologisch induzierte Missverstehen des Solidaritätsgedankens scheint dabei gerade in SVP-Kreisen (inspiriert durch den US-Konservatismus und libertäres Gedankengut) weitverbreitet. O-Ton: Was mir nicht nützt, für das zahl ich nicht und wenn ich zahl, will ich auch den ganzen Kuchen.

- [9](#)
- •
- [Antworten](#)
- •
- Teilen >
  - 
  - 
  -
- 
- •
- 
- 



[Kneubuehl Herbert](#) • vor 12 Stunden

Die IV-Leistungen an Frau Jud sind meines Erachtens fragwürdig und moralisch nicht vertretbar. Aus dem NZZ-Bericht kann man entnehmen, dass Frau Jud als Stadträtin amtiert und offenbar auch ein Gehalt bezieht, und dass ihr Ehemann, Herr Wenger ebenfalls berufstätig ist. Darüber hinaus betreibt Frau Jud, gemäss NZZ-Bericht noch eigene Treuhandfirmen und es ist anzunehmen, dass sie dort auch noch am Gewinn beteiligt ist. Materiell und finanziell ist das Ehepaar Jud/Wenger also gut aufgestellt. Vor diesem Hintergrund haben die beiden biederen Politiker entsprechend ihrem Verständnis keine Bedenken den Sozialstaat anzuzapfen, ungeachtet der veränderten Erwerbstätigkeit von Frau Jud in ihrem Amt als Stadträtin. Nicht alles ist recht was gestattet ist. Es gibt Leute die haben einfach mehr Glück und 'Schamgefühl' als 'Otto Normalverbraucher'.

- [8](#)
- •
- [Antworten](#)
- •
- Teilen >
  - 
  - 
  -
- 
- •
- 
-



[Philipp Kaufmann](#) • vor 11 Stunden

Die Spitze der Exekutive (in Politik und Wirtschaft) kann über längere Zeit im engeren oder weiteren Sinne abwesend sein - vgl. den Ausfall der Regierung Belgiens, die UBS-Kapriolen - so funktioniert "es" trotzdem . . .

Andererseits: Bei allem Respekt vor dem Ehepaar Jud gehe ich davon aus, dass jede einigermaßen seriöse Firma für eine Chefin mit solchem handicap so etwas wie ein Sozialplan . . .

- [6](#)
- •
- [Antworten](#)
- •
- Teilen >
  - 
  - 
  -
- 
- •
- 
- 



[Stephan Pernau](#) • vor 13 Stunden

Toll dass diese Dame Ihre vorhandenen Fähigkeiten einsetzen darf für die Gesellschaft. Musste nach Arbeitslosigkeit und Erschöpfungszusammenbruch Schweiz verlassen ohne IV-Bezug für die kommenden 11 Jahre, weil 15 Jahre in Sozialsysteme eingezahlt war, es aber nur 7 Jahre Wohnsitz Schweiz gab und weil kein einziger Arzt und Therapeut und RAV-Berater eine IV-Vorstellung anregte und ich als Ausländer davon Nichts wusste. Hätte aber gerne meine Fähigkeiten ähnlich aktiv eingebracht. Chronisch krank wird man öfter auch Mal ein Jahrzehnt lang von Arzt zu Arzt geschoben, bis eine eindeutige Diagnose vorliegt. Da kann man noch arbeiten, aber eben anders, doch die vielen Erfahrungen sollte man unbedingt einbringen, damit sie allseits Nutzen entfalten können und Familien ernähren.

- [5](#)
- •
- [Antworten](#)
- •
- Teilen >
  -

- 
- 
- 
- 
- 
- 



[roger mafli](#) • vor 8 Stunden

Ach, Madam lässt kommunizieren und zerfließt derweilen, ohne jegliche Einsicht etwas falsch getan zu haben, zu Haus in Selbstmitleid. Selbstverständlich lässt Madame sich auch diese "Einkommens-Ausfälle" mittels "Krank-Meldung" wiederum vom Steuerzahler berappen. 100% IV und jetzt auch noch 40% krank. Wahrlich kein Zuckerschlecken. Ich hoffe stark, dass unter den "gewissen Leuten" welche ihren Job verlieren "Frau 100% arbeitsunfähig und trotzdem arbeiten" dabei sein wird. Und wenn man angeblich nicht mehr Kopfrechnen kann sollte man seinen Mitmenschen auch nicht zwingend Hilfe bei Mathematik anbieten ... <http://www.mathe-treff.ch/firm...>. Es gibt offenbar in unserer Politik und Beamtentum zuzunehmen mehr Menschen bei welchen Anstand nicht ein mal mehr in Spurenelementen nachweisbar ist.

- [10](#)
- •
- [Antworten](#)
- •
- Teilen >
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 



[Thomas Binder](#) • vor 12 Stunden

Mittlerweile werden schon Sozial- mit Versicherungsleistungen vermischt - stupido ergo sum!  
Die IV ist eine Versicherung für bleibende (Teil)arbeitsunfähigkeit. Selbstverständlich hat jeder ein Anrecht auf deren Leistungen, zumal auch jeder AHV-/IV-Beiträge bezahlt, der Reiche absolut mehr als der Arme. Ein jederzeit möglicher Verzicht auf unnötige IV-Renten ehrt den Reichen. Vermutlich verzichten aber auch sehr wenige Reiche auf ihre AHV-Rente.

- [1](#)
- •
- [Antworten](#)
- •
- Teilen >
  - 
  - 
  -
- 
- 
- 
- 



[Hansjörg Plüss](#) • [vor 16 Stunden](#)

Ein Nebengeleise:

- Frau Jud ist "parteilos". Das sind immer mehr Mandatsträger.

Hätte Frau Jud den Mut gehabt, sich entscheiden können, eine politische Richtung zu wählen, sich öffentlich zu ihrer politischen Richtung zu bekennen, sie hätte heute eine Partei, die sie politisch tragen würde.

Ich wünsche Frau Jud baldige Genesung und dass sie dieses Hexentreiben, das gegen sie entfacht wurde, gut überstehe.

- [1](#)
- •
- [Antworten](#)
- •
- Teilen >
  - 
  - 
  -
- 
- 
- 
- 



[Mark Weber](#) [Hansjörg Plüss](#) • [vor 14 Stunden](#)

So ein Unsinn. Wer selbstständig denkt und seine eigene "politische Richtung" hat, der ist besser parteilos. Die Parteien sind nichts anderes als ein korruptes Politiker-Kartell.

Die Parteien sind oft unkonsequent in ihrer Richtung. Eine SVP ist für einen schlanken Staat aber füttert die Bauern mit Subventionen. Eine SP gibt vor für die Interessen der Arbeiter zu stehen, aber will diese dem Lohndruck aus der EU aussetzen und deren Löhne über einen schwachen Franken senken. In einer CVP kann man wohl überhaupt keine konsequente Haltungen haben, es sei denn man richtet sich nach einer Windfahne. Und die FDP predigt freie Märkte - ausser wenn ihre Klientel die Grossunternehmen vom Staat profitieren.

Die Parteien sind geeigneter für Politiker, die ihre Überzeugungen flexibel den Anforderungen der Geldgeber der Partei oder den Karrierechancen anpassen.

- [31](#)
- •
- [Antworten](#)
- •
- Teilen ›
  - 
  - 
  -
- 
- 
- 
- 



[Marc R Hansjörg Plüss](#) • [vor 12 Stunden](#)

Von wegen «parteilos»: Frau Jud war zuerst in der SP, trat aus der Partei aus und vollzog einen radikalen Richtungswechsel und war fortan Mitglied der SVP. Dort wurde sie allerdings ausgeschlossen. Auf ihrer Website steht immer noch «Sympathisantin SVP Kanton Zürich und SVP Schweiz»

- [6](#)
- •
- [Antworten](#)
- •
- Teilen ›
  - 
  - 
  -
-